



## Hoffnung auf eine baldige Regierungsbildung

Jeder in Brüssel hofft auf eine schnelle Regierungsbildung in Berlin. So auch der EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso: "Ich hoffe natürlich, dass in Deutschland so schnell wie möglich eine stabile Regierung gebildet wird. Deutschland ist der Motor Europas, ohne ein dynamisches Deutschland kann sich Europa nicht wieder erholen." So sehen es auch andere Kommissionsvertreter. "Ich hoffe auf eine rasche Regierungsbildung und eine stabile und reformfähige Regierung", sagt etwa Barrosos Vize, der deutsche Günter Verheugen. "Wenn Deutschland als wichtiges EU-Mitglied nicht handlungsfähig ist, stockt die gesamte EU."

## Anstehende Entscheidungen in der EU

So wird es auch in vielen europäischen Hauptstädten gesehen. Fast EU-weit bängen die Politiker vor einem langen Machtpoker in Berlin. In den nächsten Monaten kann sich die EU eigentlich keinen „Ausfall“ in einem ihrer Mitgliedstaaten leisten. Zahlreiche Entscheidungen stehen an. So z. B. am 3. Oktober die über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Die Union ist zwar gegen eine EU-Vollmitgliedschaft, eine mögliche Kanzlerin Angela Merkel wird aber auf keinen Fall rechtzeitig ins Amt kommen, um diese noch zu verhindern.

Dennoch dürfte es die gesamten Verhandlungen mit der Türkei erschweren, wenn die Möglichkeit besteht, in Deutschland bald eine Regierung am Verhandlungstisch zu haben, die gegen den Türkei-Beitritt ist.

Auch in Sachen EU-Finanzplanung für 2007 bis 2013 wird sich nichts bewegen, bis in Deutschland eine Regierung an der Macht ist. Ebenso wenig wird es hinsichtlich der Freizügigkeit auf dem Dienstleistungsmarkt vorangehen.



Auch der Erfolg des Lissabon-Prozesses<sup>1</sup> ist eng an Fortschritte bei Reformen in Deutschland gebunden. Politische Instabilität könnte den Fortgang behindern und negative Wirkung auf die Volkswirtschaft der Nachbarstaaten, die EU insgesamt sowie den Euro haben. Insofern liegt rasche Klarheit in Berlin auch im Interesse der EU.

Aber auch Vorbereitungen auf der Beamtenebene in diesen Fragen sind derzeit schwierig. Abgesehen davon, wann und vor allem wie es in Berlin politisch weiter geht, stellt sich die Frage in welche Richtung sich die deutsche Europa- und Außenpolitik in den nächsten Monaten entwickeln wird. Dies wagt keiner in Brüssel vorherzusagen. Es ist spekulativ, die Auswirkungen der verschiedenen möglichen Koalitionen jetzt zu beurteilen.

## Zusammenfassung

Der Wahlkampf hat zwar gezeigt, dass in allen Parteien in der Europapolitik – Linsepartei ausgenommen – ein breiter Konsens und der Wille zur Kontinuität vorherrscht. In den gerade anstehenden Detailfragen gibt es aber durchaus unterschiedliche Positionen zwischen den deutschen Parteien, die eine Behandlung der Themen während der Vakanz-Phase an der Spree unmöglich machen.

September 2005 | Udo Röllenblech



<sup>1</sup> Im März 2000 haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU in Lissabon ein ehrgeiziges Ziel gesetzt:

„... die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen.“